

## Die Bonner Demokratie

Aus und zu einem Buch von Alfred Grosser

### I

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür; der Wahlkampf hat bereits begonnen. In einem solch wichtigen Moment im Leben einer parlamentarischen Demokratie sollte eigentlich im heftigen und leidenschaftlichen Gegeneinander der Meinungen etwas von dem sichtbar werden, was an ungelösten sozialen und politischen Problemen in der Bundesrepublik ansteht. Erst ein solcher Hintergrund kann dem Staatsbürger bewußt machen, welche Bedeutung seinem Auswählen unter den angebotenen Antworten auf die politischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Zeit zukommt.

Die bisher zu beobachtende weitgehende Übereinstimmung der wichtigsten deutschen Parteien in den entscheidenden Fragen sowohl der inneren sozialen und ökonomischen Ordnung als auch der Außenpolitik hat gerade den bewußtseinsschärfenden Effekt, den ein verantwortungsbewußt geführter Wahlkampf vor allem haben sollte, nicht hervorgebracht. Die Chance, den kaum oder wenig informierten Staatsbürger auch und gerade durch eine überscharfe Konturierung der inneren und äußeren Probleme, der sich die Bundesrepublik in den nächsten Jahren gegenüber sieht, zu wecken und ihn, und sei es auch nur vorübergehend, zur Teilnahme am politischen Leben zu bewegen, ist ungenutzt. Die Steuerung der Wählerwerbung durch Meinungsbefragungsinstitute und mit Hilfe der Methoden kommerzieller Propaganda schafft ein Bild kleinbürgerlicher Friedlichkeit und Eintracht in einer in sich unproblematischen Welt, einer Welt, die lediglich durch den bösen Feind von außen gestört zu werden scheint. Die Frage ist nicht nur, ob dieses Bild den Realitäten entspricht, sondern auch, ob der Eindruck, den es vermittelt, das Verhalten und Bewußtsein, das sich an ihm orientiert, nicht auf die Dauer der Lebensfähigkeit der deutschen Demokratie abträglich sein muß.

Um so mehr ist ein Buch zu begrüßen wie das von *Alfred Grosser*<sup>1)</sup>, das daran geht, eine kritische Analyse der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik vorzunehmen.

Alfred Grosser ist, wie wenige, zu einem solchen wahrlich nicht leichten Unterfangen berufen. 1925 in Frankfurt/Main geboren, emigrierten seine Eltern mit ihm 1933 vor der braunen Barbarei nach Frankreich. Seit Jahren Professor für Politische Wissenschaft am Institut d'Etudes Politiques der Pariser Universität, gilt sein Interesse vor allem den Entwicklungen in seinem Geburtsland. Frei von Ressentiments, aber auch von falscher Sentimentalität, hat sich Grosser seit 1948 ständig für ein neues und besseres deutsch-französisches Verhältnis eingesetzt. So verbindet Grosser nicht nur Distanz und Nähe zum Forschungsgegenstand „Bundesrepublik“ in seiner Person, sondern darüber hinaus fügt er dem noch die Bereitschaft des französischen Intellektuellen hinzu, sich den politischen Aufgaben der Zeit auch als Wissenschaftler zu stellen, ungeachtet der Gefahren, die nach dem deutschen traditionellen Wissenschaftsverständnis in einem solchen „Aktuell-sein“ liegen.

Es ist ein gewagtes Unterfangen, das Grosser mit seinem Buch unternommen hat. Um zeigen zu können, was die politische Wirklichkeit eines Landes ausmacht, muß man einerseits alles und doch andererseits auch wieder nur das Wesentliche bringen. So gehören zu einer solchen Darstellung u. a.: Entstehungsgeschichte, Traditionen, geschriebene Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Wahlgesetze, Parteien, Interessenverbände,

1) Alfred Grosser: Die Bonner Demokratie. Deutschland von draußen gesehen. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf 1960. 538 S., Ln. 19.80 DM.

Kirchen, soziale und ökonomische Struktur, Außenpolitik, Wehrpolitik, Wiedervereinigungsfrage, Fragen der bewußtseinsmäßigen Haltung der Bevölkerung usw. Aber alle diese Teile einer politischen Wirklichkeit stehen nicht nebeneinander, sondern sind je nach der historisch-politischen Lage einander zugeordnet, befinden sich in Bewegung, sind bedingt und bedingend zugleich. Über alle diese Teilaspekte gibt es mehr oder weniger gute, meist aber doch noch nicht ganz ausreichende Einzelanalysen. Grosser will mit seinem Buch mehr als nur die Summe dieser Einzeluntersuchungen geben, er will sie zu einer „präzisen und klaren Synthese“ verarbeiten.

In einer 44seitigen kommentierten Bibliographie wird die benutzte Literatur nachgewiesen. Zu jedem Thema sind die wichtigsten Bücher zusammengetragen, und kurze treffende Bemerkungen, die erfreulicherweise die begründete Wertung nicht scheuen, leisten eine kaum hoch genug einzuschätzende Orientierungshilfe. Dieses Literaturverzeichnis ist jedem Interessierten als wertvolles Nachschlagewerk zu empfehlen. Etwas mager ist lediglich der Abschnitt mit den Literaturnachweisen über die Entwicklung der DDR geraten. So unbefriedigend hier die Publikationen auch meist sind — darin ist Grosser zuzustimmen —, so hätten doch die Schriften von *Carola Stern*, *Kichert* (bei dem einen von ihm zitierten Buch heißt er fälschlich Richter), *M. G. Lange*, *Duhnke*, *Nettl* u. a. wie auch die Zeitschrift *SBZ-Archiv* und die Bibliographie *Literatur zur deutschen Frage* (Bonn 1959) genannt werden sollen. —

Die Fülle der Aspekte, die Fülle des Materials, das Grosser vor dem Leser ausbreitet, machen es unmöglich, auch nur annähernd den Inhalt des Buches in Form eines Überblicks zu skizzieren. Es sollen nur einige Überlegungen und Feststellungen herausgehoben werden, um zur eigenen Lektüre anzuregen. Daß mit solcher Herauslösung von Teilen aus einem Gesamtbild immer eine gewisse Vereinfachung der Gedankengänge verbunden ist, muß dabei in Kauf genommen werden.

## II

Grosser geht davon aus, daß das Verständnis der heutigen inneren und äußeren Lage der Bundesrepublik aufs engste mit ihrer Entstehungsgeschichte zusammenhängt. Wie kam es, daß aus dem viergeteilten und besetzten Trümmerfeld, das der Zusammenbruch des Nazismus hinterlassen hatte, zwei Republiken entstanden, die beide beanspruchen, für das ganze Deutschland zu stehen? Zwei Gründe führt Grosser für die Zusammenlegung der Westzonen an:

„... einerseits erforderten die wirtschaftlichen Belange die Abschaffung der Zollgrenzen, andererseits führte der ständig schärfer werdende Bruch zwischen Ost und West dazu, Deutschland immer weniger als einen zu überwachenden Feind, einen zu bestrafenden, besiegten Angreifer anzusehen und zu verwalten. Es wurde vielmehr zu einem Einsatz im neuen Spiel der Rivalitäten und bald ein potentieller Partner im Kalten Krieg, welcher seit 1947 herrscht“ (S. 34).

„Ab 1946 war der Prozeß also folgender: Je schärfer die Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen wurden, um so größer waren die Befugnisse, die jeder ‚seinem‘ Deutschland einräumte; um so tiefer wurde gleichzeitig damit auch der Graben zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Geburt zweier deutscher Regierungen im Jahre 1949 setzte dieser Verkettung kein Ende, welche die Außenpolitik der Bundesrepublik schwer belasten sollte, da diese in gewissem Sinne beinahe zwangsläufig zur Stärkung ihrer eigenen Position an einem Anwachsen der internationalen Spannung interessiert sein mußte“ (S. 34 f.).

Die deutsche staatliche Nachkriegsentwicklung ist so von Anbeginn durch den Verlauf des „Kalten Krieges“ bestimmt: „Die Frage der Wiederbewaffnung gab den entscheidenden Anstoß für die Rückkehr zur Souveränität“ (S. 44).

Bundeskanzler Adenauer hat diese Situation von Anfang an deutlich erkannt und seine Politik entsprechend ausgerichtet. Sie beruhte auf dem einfachen Prinzip: „Die

Bundesrepublik würde die Gleichberechtigung erhalten, wenn es gelang, den früheren Siegern Vertrauen einzuflößen und sich im Ost-West-Konflikt als treuer Partner zu beweisen“ (S. 310).

Das Fazit, zu dem Grosser in der Beurteilung der außenpolitischen Situation der Bundesrepublik kommt, geht dahin, daß es ihr bisher nicht gelungen ist, ihre Existenz von der jeweiligen Situation der Ost-West-Auseinandersetzung zu lösen und eine politische Manövrierfähigkeit aus eigener Kraft zu erlangen. Die Bundesrepublik hat ihre eigentümliche „Doppelnatur“ bisher nicht überwinden können, im Gegenteil hat sie in Verfolgung ihrer bisherigen Politik das größere Interesse, diese aufrechtzuerhalten. Bei der Betrachtung über die Aussichten, die eine Gipfelkonferenz für die Bundesrepublik eröffnet, kommt Grosser zu dem Ergebnis:

„Aber für die Bundesrepublik kann sie nicht gut ausgehen: sie bringt entweder überhaupt keine Resultate oder schlechte. Es stehen ja doch nur drei Fragen offen: die Oder-Neiße-Linie, die Rechtsnatur der DDR und Berlin. Für die beiden ersten Fragen heißt die einzig mögliche Änderung Anerkennung. Für die dritte bedeutet jedes Abkommen notwendigerweise, daß es dem Osten genügt, einen Status quo in Frage zu stellen, um einen Kompromiß zu erreichen, der zwar die ursprünglichen Forderungen nicht erfüllt, aber immerhin die Ausgangsposition des Westens angreift. Der Olympiaflaggenstreit 1960 ist ein gutes Beispiel dieses Mechanismus. Aber er ist auch ein Beispiel für die notwendigen Konsequenzen einer Politik, die stets verneint. Denn letzten Endes muß der Beobachter der ‚Deutschlandfrage‘ die Feststellung machen, daß heute keine der drei Westmächte aus eigenem Antrieb unnachgiebig ist: gehe es um die Oder-Neiße-Linie, um die Anerkennung der DDR oder gar um die Frage einer Freien Stadt Berlin; man ist es nur dem bundesrepublikanischen Partner zuliebe — und dies trifft besonders für London zu, obwohl es General de Gaulle gewesen ist, der die Grenzfrage sehr eindeutig erwähnte. Die Frage lautet nun: Da die Orientierung der westlichen Deutschlandpolitik von Bonn abhängt, gibt es denn wirklich keinen Ausweg als die Wahl zwischen dem unfruchtbaren Nein und dem einseitigen Verzicht?“ (S. 345.)

Eine eindeutige Antwort hat Grosser, wie es auch gar nicht anders sein kann, nicht anzubieten. Aber unter dem Hinweis auf den *Deutschlandplan der SPD* sowie auf die Vorschläge von *Hagemann* und *Wenger* fordert er Diskussionsfreiheit und -freudigkeit in Fragen der Wiedervereinigungspolitik und das Ablassen von den leichtfertigen Verdächtigungen, denen jeder nur zu leicht ausgesetzt ist, der eigene Gedanken wagt:

„Die Ostpolitik der Bundesrepublik ist zu verfahren, die Aussichten auf eine befriedigende Lösung sind zu gering, als daß nicht wenigstens eine offene, ehrliche Diskussion gestattet sein sollte, sei es innerhalb der CDU, sei es zwischen den Parteien. Es ist gesagt worden, Hagemann und Wenger kennzeichneten die ‚linke‘ und die ‚rechte‘ Abweichung von der Parteilinie. Der eine hat Gespräche mit Grotewohl empfohlen, der andere die ‚Föderalisierung des mitteleuropäischen Raumes‘, bei der Ostdeutschland eng mit Polen verknüpft bleiben würde. Beide ‚Abweichungen‘ haben aber etwas Gemeinsames. Mögen sie in ihrer Grundauffassung und in ihren Schlußfolgerungen realistisch sein oder nicht, sie gehen beide von einer sehr konkreten Feststellung aus, die von der offiziellen Politik einfach ignoriert wird: die DDR ist zu einer Wirklichkeit geworden, an der eine wirkungsvolle deutsche Ostpolitik nicht mehr vorbeigehen kann“ (S. 400).

Auf diesem Hintergrund fordert er den Mut zum Risiko, eine Forderung, die er nicht nur an die Parteien und an die Politiker als die von Amts wegen dazu Berufenen, sondern wohl auch an jeden von uns richtet:

„Kein Schritt zur Wiedervereinigung kann unternommen, keine Vertiefung der Kluft kann vermieden werden, ohne ein Risiko einzugehen. Wir glauben nicht, daß die Mehrzahl der Westdeutschen sich dessen bewußt ist; oder vielmehr glauben wir, daß die meisten sich dessen nicht bewußt sein wollen. Im Ausland wird oft gefragt: ‚Wollen die Einwohner der Bundesrepublik wirklich die Wiedervereinigung?‘ Das ‚Ja‘ scheint uns sicher zu sein, aber mit einem Vorbehalt: Ein großer Teil der Deutschen — vielleicht die Mehrzahl — bezieht das zug-

kräftigste Schlagwort der Bundestagswahlen 1957 auch auf die Wiedervereinigung: ‚Keine Experimente!‘, (S. 407).

### III

Der Ost-West-Konflikt hat aber nicht nur die Außenpolitik und den Prozeß der Herausbildung der Eigenstaatlichkeit der Bundesrepublik entscheidend beeinflußt, er hat in nicht minder dezidiert Form auch den sozialen und ideologischen Inhalt der Bonner Demokratie geformt. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hat eine Form des „Antikommunismus“ produziert, die in vielfach verhängnisvoller Weise die Weiterentwicklung der eigenen gesellschaftlichen Strukturen und die freie geistige Auseinandersetzung hemmt. Der Antikommunismus in seiner heute in der Bundesrepublik allgemein anzutreffenden Form ist vor allem Stabilisator der bestehenden Ordnung. Selbst ein inhaltlich so wohlabgewogenes Urteil wie das des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD enthält solche Aspekte. In ihm ist einmal eine bestimmte Präzisierung des Widerstandsrechts gegeben:

„Während des Prozesses ging die KPD zum Angriff über und berief sich auf das Widerstandsrecht. Sie behauptete, die demokratischen Freiheiten erlitten in der Bundesrepublik *zahlreiche* Verstöße, die niemals geahndet würden. Zur Erwidern dieses Anwurfs begab sich das Gericht auf ein recht gefährliches Terrain. Es stellte fest: ‚Ein Widerstandsrecht gegen einzelne Rechtswidrigkeiten kann es nur im konservierenden Sinne geben, das heißt als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung‘, und nur, wenn eine Verfolgung auf legalem Wege wirklich aussichtslos erscheint. Mit dieser Argumentation schränkte das Gericht die von Artikel 19 der Bremer Verfassung und Artikel 147 der Hessischen Verfassung gegebene Definition der Widerstandspflicht erheblich ein. Es beschränkte hiermit auch implizite den Begriff des Streikrechts, wie er von dem mächtigsten der Gewerkschaftsverbände, der IG Metall, verfochten wird“ (S. 126).

Schwerwiegender erscheint Grosser zum andern noch die Auslegung, die der Artikel 20 des Grundgesetzes in diesem Urteil gefunden hat:

„Dieser Artikel besagt: ‚Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.‘ Das Gericht sieht die Gesellschaft in Gruppen aufgeteilt, die sich — bei gerechter Gesetzgebung — im freien Spiel der Kräfte miteinander messen, ohne daß dabei eine der Gruppen die andere beherrschen darf. Daß aber die Aufrechterhaltung der ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung‘ die feierliche Besiegelung einer ungerechten Situation oder einer wirklichen Unordnung sein könnte, dieser Gedanke wird nicht einmal erwogen. Es wird im übrigen noch zu untersuchen sein, bis zu welchem Grade der Urteilsspruch des Gerichts nichts anderes ist als eine genaue Entsprechung der herrschenden Ideologie“ (S. 126 f.).

Als besonders krasses Beispiel für die eigenartigen restaurativen Tendenzen, die sich unter diesem Deckmantel herausgebildet haben, nennt Grosser die „Wiederbelebung einer Ideologie“, „deren Platz in der deutschen Ideengeschichte sehr bedeutsam ist, und die ihre Verkörperung in dem Begriff ‚Abendland‘ findet“:

„Persönlichkeiten ersten Ranges wie die Minister von Brentano, Wuermeling und von Merkatz, der Kanzler selbst, haben für Männer gebürgt, die von einer mittelalterlichen Ordnung träumten und dem Wort des evangelischen Landesbischofs von Oldenburg, Wilhelm Stählin, zustimmten, der bei der Tagung im Jahre 1953 erklärte: ‚In der höllischen Trinität »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« schließt eines das andere, jedes jedes andere aus: Auf dem Boden der Gleichheit gibt es weder Freiheit noch Brüderlichkeit.‘ Demnach stehen sich in der heutigen Welt Barbarei und zivilisierter Westen gegenüber — wobei der Westen eher durch Portugal als durch Schweden vertreten wird. Wer kritisiert, wer nicht hier das Gute und dort das absolut Schlechte sieht, wird als Verräter an der Zivilisation hingestellt. Es ist sehr schwer, den Einfluß dieser ehrwürdigen, aristokratischen und ungemein wohldenkenden Ideologie abzuschätzen, die als Geburtsstätte eines gefährlichen intellektuellen Konformismus angesehen werden muß. Es scheint unbestreitbar, daß das Gedankengut dieser Kreise weitgehend in die führenden Schichten und in Universitätskreise eingedrungen ist; stellt es nicht für alle die einen Ausweg

dar, die versuchen, ihre Ideen aus der Zeit vor zwanzig Jahren mit dem Begriff der Demokratie zu vereinen, auf die sie sich heute berufen?“ (S. 283 f.).

Die Stärke und Verbreitung solcher und ähnlicher Gedankengänge macht es verständlich, daß jeder Versuch einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Sozialordnung von vornherein diffamiert wird:

„Man träumt nicht mehr vom sozialen Umsturz und noch nicht einmal von strukturellen Reformen. Für diese Haltung gibt es verschiedene Gründe, von denen einer verdient, besonders hervorgehoben zu werden: der Antikommunismus und alles, was man über das Regime in Mitteldeutschland weiß oder zu wissen glaubt, haben Maßnahmen wie zum Beispiel Sozialisierungen äußerst unpopulär gemacht“ (S. 212).

So nimmt es nicht wunder, wenn die deutschen Intellektuellen, denen Grosser — und sicher nicht zu Unrecht — vorwirft, sich ihrer politischen Verantwortung zu wenig bewußt zu sein (vgl. S. 262 bis 386), gerade dann, wenn sie sich am politischen Leben beteiligen, schnell wieder in den Geruch geraten, „zersetzend“ zu wirken:

„Hier liegt eine der möglichen Antworten auf die Frage ‚Freiheit wozu?‘. Freiheit, zufrieden und einverstanden zu sein. Sonst wirkt man ‚zersetzend‘. Gewiß haben die Intellektuellen viele Fehler, aber ist nicht die wichtigste Freiheit die der Wahrheitssuche, die notwendigerweise damit beginnen muß, daß sie Gegebenheiten in Frage stellt? Wir haben... bereits erwähnt, daß es in Deutschland von jeher weniger ‚Intellektuelle‘ gegeben hat als in Frankreich. Es gibt jedoch glücklicherweise deutsche Publizisten, Professoren, Politiker, die es sich nicht bequem machen, die nicht nur schlicht ihren Beruf ausüben, sondern beharrlich fragen, wieweit denn die Wirklichkeit der Bundesrepublik mit den Werten übereinstimmt, die sie offiziell anerkennt. Diese Übereinstimmung ist es, die das ‚wozu‘ bestimmen sollte. Sie ist auch das, was Karl Jaspers in der Frankfurter Paulskirche, als ihm der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde, die ‚Nahrhaftigkeit‘ nannte. Das Erfolgsdeutschland sollte nicht vergessen, daß dem ‚anderen‘ Deutschland gegenüber die Trümpfe der Bundesrepublik nicht die Ordnung und nicht das Lebensniveau sind, sondern gerade jene ‚Nahrhaftigkeit‘“ (S. 396).

Daß sich hinter diesem ideologischen Schleier der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschafts- und damit auch Machtverhältnisse ungestört vollziehen konnte, ist einleuchtend. Es wurde unterstützt durch die „... anfänglich sehr maßvolle Haltung der Bevölkerung, die aus einem wahren Abgrund des Elends wieder auftauchte und sich mit soliden Hoffnungen und einer begrenzten Erfüllung ihrer Wünsche begnügte“ (S. 186).

Die sich so herausbildenden Machtverhältnisse erfuhren auch durch die Einführung der Mitbestimmung, die ja niemals in dem vom DGB angestrebten Umfang verwirklicht werden konnte, eine nur unerhebliche Beeinträchtigung. In der Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb durch einen starken Ausbau der betrieblichen Sozialpolitik sieht Grosser ein Moment, das den Einfluß der Gewerkschaften erheblich geschwächt hat und von diesen in seiner Bedeutung lange Zeit beträchtlich unterschätzt worden ist (S. 214).

#### IV

Die Gefahr für die Gewerkschaften und damit auch für die Demokratie in der Bundesrepublik überhaupt sieht Grosser vor allem darin, daß der DGB seinen Anspruch, mehr und anderes zu sein als ein Interessenverband, freiwillig oder unfreiwillig aufgeben könnte. Unter diesem Aspekt erhält seine Charakterisierung der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit eine kritische Note, wenn er schreibt:

„Die Mehrzahl der Schulungen vermittelt weniger eine Allgemeinbildung als eine technische Ausbildung der zukünftigen Gewerkschaftsfunktionäre. Einige alte Aktivisten erinnern sich noch der Zeiten, als sie sich abends nach ihrer Werkarbeit noch eine persönliche kulturelle Bildung aneigneten, die sie zwar zu Autodidakten mit vielleicht konfuser Denkweise machte, aber auch

zu großzügigen und uneigennütigen Gewerkschaftern. Sie befürchten nun, daß aus den Landes- und Bundesgewerkschaftsschulen schließlich nur noch Techniker hervorgehen werden, deren Job darin besteht, Lohnvereinbarungen auszuhandeln“ (S. 227 f.).

Wie schwierig die Lage der Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung geworden ist, demonstriert Grosser an zwei Beispielen. Im ersten schreibt er über den Streik der Gewerkschaft ÖTV:

„Die Problematik um die Arbeitsniederlegung der von der öffentlichen Hand bezahlten Arbeitnehmer ist gewiß nicht einfach. Aber es wird immer wieder ein Argument zu Hilfe genommen, das uns außerordentlich gefährlich scheint: Diese Gehaltsempfänger hätten nicht das Recht, gegen die Gemeinschaft zu kämpfen, der sie angehören und in deren Namen sie ihren Beruf ausüben. Gerade dieses Argument nämlich dient im Osten als Rechtfertigung des allgemeinen Streikverbots: da dort theoretisch alles der Gemeinschaft gehört, ist jeder Streik gemeinschaftsschädlich.

Die Gewerkschaften selbst sind inzwischen davon überzeugt, daß der Streik als solcher in der öffentlichen Meinung immer mehr verpönt ist und als ‚ordnungsstörend‘ empfunden wird; darum organisieren sie lieber ruhige Demonstrationen, die allerdings nicht sehr wirkungsvoll sein können, eben weil jedermann weiß, daß sie nicht ausarten und keine Folgen haben“ (S. 378).

In seinem zweiten Exempel kommt er bei der Auswertung der Diskussion um den Nürnberger Gewerkschaftstag der IG Metall 1958 zu dem Ergebnis:

„ . . . im Namen des Antikommunismus wird nach und nach jede Gesellschaftskritik zum Verrat an der bestehenden Ordnung, die mit der Freiheit schlechthin gleichgestellt wird. Die Gewerkschaften aber sollen sich nicht mehr mit der Gesellschaftsstruktur befassen. Als Mitverwalter der bestehenden Strukturen soll der ‚entideologisierte‘ DGB eine Zukunft vorbereiten helfen, die der Gegenwart in ihren Grundzügen ähnlich zu sein hat. Es fragt sich nur, ob dies wirklich das beste Kampfmittel gegen den Osten ist“ (S. 379 f.).

Das Fazit, das Grosser gegen Ende seines Buches zieht, macht dann auch einigermaßen betroffen:

„Wenn man die Bundesrepublik mit anderen Ländern vergleicht, muß man allerdings berücksichtigen, welchen Platz das Geld in seiner Wertskala einnimmt. Das Geld beherrscht das politische Leben und verfälscht recht fühlbar den freien Wettbewerb unter den Parteien. Es beherrscht das soziale Leben. . . . Die Merkmale des ‚Neureichen‘ fallen dem ausländischen Beobachter selbst bei Leuten auf, die nicht begütert sind. . . . Dabei verhindert der tatsächliche Materialismus in der Bundesrepublik keineswegs die ideologische Verurteilung jeder anderen Kulturform; doch neigt diese Verurteilung mehr als in anderen Ländern dazu, eine Art moralischer Ordnung anzunehmen, der jeder sich unterwerfen muß. Der Inquisitionsgeist hat mit der Entspannung im Kalten Krieg keineswegs nachgelassen. Es besteht die Gefahr, daß eines Tages eine Bedrohung der Sicherheit oder der Rückgang des Wohlstandes in der Bundesrepublik eine Panik heraufbeschwören, wie sie nur bei der augenblicklichen geistigen Verfassung der Bevölkerung entstehen kann. Die Idee, eine neue, bessere Ordnung aufzurichten, die nach dem Zusammenbruch die deutsche Gesinnung auszeichnete, hat nun dem Gedanken Platz gemacht, eine bestehende Ordnung zu verteidigen — und sei es nur gegenüber der Kritik“ (S. 422).

Wenn Grosser allerdings auf der nächsten Seite schreibt: „Die Bundesrepublik präsentiert sich letzten Endes als ein in sich gefestigter Staat, als eine Gemeinschaft, die durch keinen wirklichen inneren Konflikt geschwächt wird“ (S. 423), so steht das einigermaßen im Widerspruch zu den von ihm im einzelnen unterbreiteten Materialien. Sicher gibt es keine ausgedehnten sozialen Elendsbezirke, und die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik scheint auf längere Zeit gesichert. Aber hat nicht Grosser selbst im Verlauf seiner Darlegungen immer wieder darauf hingewiesen, daß Demokratie mehr ist und mehr verlangt, als ihr gegenwärtig in Deutschland noch in weiten Kreisen zuteil wird? Und die Zeit allein, wie einige Formulierungen (S. 421) vermuten lassen, wird die Probleme nicht lösen können. Im Gegenteil, die Fragen der deutschen Spaltung und die Kanzler-Nachfolge, die in einem so auf das Maß *eines* Mannes zugeordneten politischen Apparat ein schwieriges Problem darstellen wird, werden in ihrer Beantwortung durch

das Verstreichen weiterer Zeit nicht einfacher. Und diese beiden Beispiele lassen sich um eine Menge weiterer vermehren. Grosser spricht selbst von einem „Hang zum verfassungsmäßigen autoritären Staatssystem“ (S. 421), und dieser Hang, um nicht zu sagen Trend, in der deutschen Politik ist keineswegs an eine bestimmte ältere Generation gebunden, mit deren Ausscheiden aus der aktiven Politik eine grundsätzliche Wendung zum Besseren zu erwarten wäre.

V

Einige kritische Bemerkungen sollen unsere Betrachtungen abschließen. Der schwierige und auch im Bereich der politischen Wissenschaft bisher neuartige Versuch, so verschiedenartige Aspekte und Analysen zu einem geschlossenen Bild zu vereinen, ist überraschend gut gelungen. Das schließt nicht aus, daß gewisse Wünsche offenbleiben und berechnete Einwendungen gegen einzelne Thesen gemacht werden können. Einige Hinweise sollen hier gegeben werden.

Grosser stellt an einer Stelle seines Buches (S. 374) die Auffassung des Bundeskanzlers der von *Ludwig Rosenberg* über den Umfang und die Bedeutung der Konzentration der wirtschaftlichen Macht gegenüber, um dann zu fragen: „Wer hat recht?“. Sicherlich hat Grosser in seinem Buch an den verschiedensten Stellen Teilantworten gegeben, aber er weiß, daß die „natürlich anfechtbare wirtschafts- und staatspolitische Untersuchung“ dieser Problematik noch aussteht. Bestimmt wird sogar mehr als eine Untersuchung notwendig sein, um unsere Kenntnisse über die Strukturzusammenhänge zu erweitern. Aber gerade von hier aus wünscht man dem Buch eine noch bessere Absicherung, die auch dem Kapitel über die Interessenverbände zugute kommen würde. Die Sozialstruktur der Bundesrepublik, ihre Einbettung in die ökonomische und politische Struktur, bedarf noch immer eingehender Forschungen.

Die Reduzierung der Richtungskämpfe in der deutschen Sozialdemokratie auf den Gegensatz von reformistisch und marxistisch ist in vielfacher Hinsicht irreführend, abgesehen davon, daß beide Begriffe der Eindeutigkeit entbehren. Weder ist der Gothaer Parteitag 1875 zureichend gekennzeichnet, wenn man ihn als den Parteitag des Zusammenschlusses einer reformistischen mit einer marxistischen Gruppe der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet, noch reicht eine Formulierung wie die, daß ab 1916 die Vertreter der extremen Linken die Partei verließen, aus, um die damalige Situation der deutschen Arbeiterbewegung zu kennzeichnen. Inhaltlich ist diese Aussage darüber hinaus zumindest fragwürdig.

Auch sonst ist Grossers Auffassung über die Entwicklung in der SPD erstaunlich widerspruchsvoll und unentschieden. Auf der einen Seite begrüßt er die Reformen, hält aber ihr Ergebnis im Godesberger Programm in mancher Hinsicht für nicht ungefährlich und wirft der SPD darüber hinaus vor, im Wahlkampf 1957 keine Alternativen zur Politik der Bundesregierung angeboten zu haben.

Mit Vergleichen zwischen dem deutschen und dem französischen politischen Leben belebt Grosser seine Darstellung. Allerdings hätte man an einigen Stellen einen erläuternden Nebensatz gewünscht, der dem deutschen Leser, der mit den französischen Verhältnissen nicht so vertraut ist, das Verständnis erleichtert hätte.

Diese kritischen Bemerkungen sollen die außerordentliche Leistung des Verfassers und den Wert des Buches keinesfalls herabsetzen. Im Gegenteil sollen sie anspornen — vor allem auch die deutsche politische Wissenschaft —, es nicht bei dieser vorzüglichen und in ihrer Art bisher einmaligen Studie über die „Bonner Demokratie“ bewenden zu lassen. Vielmehr gilt es, aus der Arbeit von Alfred Grosser den Mut zu schöpfen, weitere Schritte auf dem Wege einer sozialen und politischen Bestandsaufnahme der deutschen Situation zu machen.